

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Weiter unsoziale Politik von Schwarz-Blau: Pensionen kürzen – Eurofighter kaufen

Die schwarz-blaue Regierung hat ihre so genannte Pensionssicherungsreform durchgedrückt. Es war eine Entscheidung gegen die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher, wie sie in den eindrucksvollen Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften, aber auch in den Umfragen, die die SPÖ wieder weit an der Spitze sehen, zum Ausdruck kommen. Dabei sind sich die Menschen in unserem Land bewusst, dass das Pensionssystem einer grundlegenden Reform bedarf. Allerdings sind sie ebenso der Ansicht, dass eine solche Reform fair und gerecht sein muss. Und sie sollte mit Zustimmung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte erfolgen.

Schlüssels Pensionsreform ist das Gegenteil alles dessen. Der Bundeskanzler hat das Angebot der Sozialpartner, über den Sommer gemeinsam eine Reform zu erarbeiten, schroff zurückgewiesen. Sein Gesetz erweist sich als höchst einseitige Pensionskürzung, die die ASVG-Versicherten voll trifft, während für andere Gruppen auf Harmonisierungen vertröstet wird, die von deren Repräsentanten schon jetzt in Frage gestellt werden. Aber genau eine solche Harmonisierung mit dem Ziel, nicht mehr zeitgemäße Sonderregelungen und Privilegien zu beseitigen, hat sich die Bevölkerung erwartet. Nun sieht sich eine große Mehrheit als Opfer einer vor allem

der Geldbeschaffung für das Budget dienenden „Reform“, die schon jetzt den Keim baldiger weiterer derartiger Maßnahmen in sich trägt.

Eine spezielle Rolle hat die FPÖ in dieser als „Reform“ getarnten Sozialdemontage übernommen. Da war der blaue Sozialminister Haupt, der zusammen mit seinem schwarzen Pendant Bartenstein sie zunächst als den größten Wurf der Sozialpolitik darstellte, um ein paar Tage später, als die Mahnrufe seines allereinfachsten Parteimitglieds aus Kärnten kamen, das Gesetzeswerk als dringender Reparaturen bedürftiges Flickwerk erkannte. Wenn die Sache nicht so ernst wäre und auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen würde, könnte man im blauen Parteichef auf Abruf Nestroys Zerrissenen wiedererkennen, der, mit seinem zuerst gepriesenen

Paragrafenpapier in der Hand, vor dem Spiegel steht und fragt: Wer ist stärker, i oder i? In Wirklichkeit freilich sitzt der Stärkere immer noch in Klagenfurt und mit seinen vollmundigen Erklärungen, denen keine Konsequenz folgt, glaubt er, die desolaten Reste seiner Partei wieder auf Erfolgskurs und sich selbst erneut an deren Spitze hieven zu können.

Was davon und von den großspurigen Ankündigungen von der Haide-riege im Parlament zu halten ist, hat dann letztlich die Abstimmung gezeigt: Die Vertreter des „kleinen Mannes“ stimmten einhellig dem Schröpfgesetz zu.

SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer hat wiederholt erklärt, dass ihm im Parlament jede Stimme, woher immer sie kommt, recht wäre, wenn mit ihr dieses Gesetz zu Fall gebracht würde. Das

war im Sinne jener Hunderttausenden Menschen gesprochen, die durch diese „Reform“ schwerste Schädigungen ihrer persönlichen Zukunft befürchten müssen. Andere Interpretationen, wie sie der Phantasie von Meinungsmachern entspringen sein mögen, gehen in die Irre. Gusenbauer hat dies jüngst im deutschen Magazin „Der Spiegel“ unumwunden klargestellt: „Mit der FPÖ kann man keine zukunftsweisende Politik machen. Ihr Platz ist in der Opposition.“

Der Kampf um eine gerechte Pensionsreform ist mit dem Regierungsbeschluss nicht abgeschlossen, im Gegenteil: Es wird bis zur nächsten Wahl eine der wichtigen Aufgaben der Sozialdemokraten sein, nicht nur in permanenter Kontrolle auf die Folgen dieses Gesetzes hinzuweisen, die versprochene Harmonisierung einzufordern und schonungslos zu enthüllen, in welcher Weise soziale Gerechtigkeit weiterhin durch Rücksichtnahme der ÖVP auf ihre Klientel eine schön klingende Ankündigung ohne echte Folgen bleibt.

Die SPÖ hat ein klares Konzept, wie eine solche sozial gerechte Reform auszusehen hat. Wann immer wieder gewählt wird – und es ist gar nicht so sicher, dass dies erst im Herbst 2006 sein wird – an den Urnen liegt auch die Entscheidung, welchen Weg in diesem Bereich die Österreicher und Österreicherinnen gehen wollen. ■



So schützt die FPÖ den „kleinen Mann“

Carl Szokoll „Bürger von Wien“

Außenlager Floridsdorf

Unter den vielen Kundgebungen anlässlich des Befreiungstages für das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen fand auch beim Gedenkstein für die Opfer des Außenlagers Floridsdorf in Wien eine Gedenkkundgebung statt. Reden hielten Bezirksvorsteher Ing. Heinz Lehner, Hans Marsalek von der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen, unser Bundesvorsitzender Prof. Alfred Ströer und Bezirksrätin Barbara Gross.

Loibl-Gedenken

Am 14. Juni wurde beim ehemaligen KZ Loibl Nord am österreichischen Zollamtsplatz auf dem Loiblpass vom Mauthausen-Komitee Kärnten/Koroska eine internationale Gedenkfeier veranstaltet. Es sprach Esther Ebner (New York), eine Überlebende von Auschwitz-Birkenau.

Major a. D. Carl Szokoll, der wesentlich dazu beitrug, dass Wien bei den Kämpfen 1945 vor der Zerstörung gerettet wurde, ist „Bürger von Wien“. Bürgermeister Michael Häupl überreichte ihm am 2. Juni 2003 die Urkunde für diese hohe Auszeichnung. Der Ehrentitel stellt, wie Häupl sagte, die Würdigung des Lebenswerks von Carl Szokoll dar, der sich durch sein mutiges Handeln in den letzten Kriegstagen, durch sein Engagement in der Widerstandsbewegung und durch sein jahrzehntelanges Eintreten für die Werte eines demokratischen Österreich ausgezeichnet hat.

Carl Szokoll wurde 1915 in Wien geboren. Nach der Militäarakademie wurde er 1938 in den Dienst der deutschen Wehrmacht übernommen. In den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges leistete er als Major Dienst in der Stadtkommandantur von Wien. Als Kontaktmann zu Stauffenberg, der im Juli 1944 versuchte, Hitler durch ein Bombenattentat auszuschalten,



Bürgermeister Häupl überreicht Carl Szokoll die Urkunde

bereitete er in Wien die Inhaftierung der NS-Führung vor, blieb aber nach dem Scheitern der Offiziersverschwörung unentdeckt. Als Ende des Jahres 1944 der Befehl kam, Wien notfalls durch die eigenen Truppen zerstören zu lassen, nahm Szokoll Kontakt mit dem zivilen Widerstand auf und erarbeitete einen Plan zur Befreiung Wiens durch die Rote Armee. Durch engagiertes Handeln konnte er Wien vor der Zerstörung retten, allerdings nicht

seine Offizierskameraden Biedermann, Huth und Raschke, an denen die SS-Mörder am Floridsdorfer Spitz blutige Rache nahmen. Nach dem Krieg arbeitete Szokoll als erfolgreicher Filmproduzent und Autor an Filmen mit Widerstandsthemen, so „Die letzte Brücke“ und „Der letzte Akt“, mit Carl Szokoll zählt, so sein Laudator Dr. Peter Dusek, zu den Menschen, die immer von den Visionen einer besseren Welt beseelt waren. ■

Kein Ehrengrab mehr für NS-Offizier Walter Nowotny

Der Wiener Gemeinderat beschloss am 23. Mai 2003 mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Grünen die Aufhebung des Ehrengrabs für den 1944 dort bestatteten Offizier der deutschen Luftwaffe Walter Nowotny. Der Antrag kam von dem Gemeinderat der Grünen David Ellensohn.

Der postum zum Major ernannte, 1920 geborene Walter Nowotny war einer der gefeiertsten Jagdflieger der Hitler-Wehrmacht. Er hatte an die 250 feindliche Flugzeuge abgeschossen, ehe er 1944 selbst umkam. Ellensohn sagte in seinem Antrag, es sei eine Schande, dass noch

immer ein Ehrengrab für einen NS-Offizier auf dem Wiener Zentralfriedhof bestehe, „dessen gesamte so genannte Leistung im Abschießen von alliierten Flugzeugen“ bestanden habe. Besonders geschmacklos fand es der Redner, dass sich das Ehrengrab der Widerstandskämpferin Rosa Jochmann in derselben Gräbergruppe 14 c befindet.

SPÖ-Gemeinderat Dr. Michael Ludwig sagte, seine Fraktion habesich die Zustimmung zu diesem Antrag nicht leicht gemacht. Nowotny ist vom NS-Regime gefeiert und am Grab von Gauleiter Baldur von Schirach als „wahrhaft nationalsozialistischer Volks-

offizier“ bezeichnet worden. Ausschlaggebend für die Zustimmung der Sozialdemokraten aber sei das Faktum, dass entgegen anders lautenden Behauptungen Nowotny kein unpolitischer Offizier, sondern sehr wohl nicht nur in der Illegalität ein HJ-Führer war, sondern nach dem „Anschluss“ auch der NSDAP beigetreten ist. Recherchen der SPÖ im Berlin Documents Center haben ergeben, dass Nowotny mit der Mitgliedsnummer 6.382.781 Parteimitglied war. Man müsse sehr wohl unterscheiden zwischen völlig unpolitischen Wehrmachtangehörigen und anderen, die sich eindeutig zu einem ver-

brecherischen Regime bekannt haben und dies auch durch die NS-Mitgliedschaft und durch klare Bekenntnisse in zahlreichen Artikeln, z. B. im „Völkischen Beobachter“, dokumentiert haben. Die Ehrengrabwidmung für Walter Nowotny sei aus dieser Sicht aufzuheben, doch sollte die Grabstelle belassen werden, schon weil eine Exhumierung kaum möglich scheint. ÖVP und FPÖ stimmten dem Antrag nicht zu. Bernhard Görg (VP) sprach sich für Einsetzung einer Kommission aus. Der FPÖ-Sprecher Johann Herzog protestierte heftig: die Aberkennung wäre nur bei Kriegsverbrechern gerechtfertigt. ■

Antwort auf Dollfuß-Verherrlichung

In seinem Buch „Hitlers Niederlage in Österreich“ verherrlicht der Historiker Gottfried-Karl Kindermann Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und die austrofaschistische Diktatur als entschiedene Kämpfer gegen den Nationalsozialismus. Auf eine in diesem Sinn gehaltene Darstellung in der „Kronen Zeitung“ erwiderte Zweiter Nationalratspräsident Heinz Fischer in nachstehender Replik, die ebenfalls in der „Krone“ veröffentlicht wurde.

„Als Kind bin ich in Graz im Haus Technikerstraße 13, wo die Schwester meiner Mutter wohnte, aus und ein gegangen. Einen Stock höher wohnte die „Tante Paula“, die Witwe des von Engelbert Dollfuß im Feber 1934 mit Hilfe des Standrechtes an den Galgen geschickten sozialdemokratischen Abgeordneten zum Nationalrat Koloman Walsch, die ich nie lachen sah, weil sie die Hinrichtung ihres Mannes durch das Dollfuß-Regime nie überwinden konnte.

Nachdem meine Eltern nach Wien übersiedelt waren, traf ich mich als Mittelschüler regelmäßig in einer Jugendgruppe mit gleichgesinnten Freunden in Wien 13, Goldmarkplatz, wo ein Denkmal daran erinnert, dass der im Zuge der Februarkämpfe schwer verletzte Schutzbündler Karl Münichreiter auf der Tragabare vom Dollfuß-Regime zum Galgen geschickt wurde.

Als Student an der Wiener Universität lernte ich einen um einige Jahre älteren Kollegen kennen, der sich sein Studium hart erarbeiten musste, weil er Halbwaite war. Es war Erwin Weissel, der Sohn des seinerzeitigen Feuerwehrkommandanten von Floridsdorf, der ebenfalls im Feber 1934 hingerichtet wurde.

Und als ich dann in den Nationalrat gewählt wurde, studierte ich mit Bedrückung und Beklemmung die stenographischen Protokolle und alle Dokumente, aus denen hervorging, wie Dollfuß im Frühjahr 1933 schrittweise die parlamentarische Demokratie in Österreich zerstört hatte – beginnend mit der Verbängung der Zensur über die Zeitungen, über die Auflösung des Nationalrats bis zum Verbot der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Es wurde eine Diktatur errichtet, die u. a. Bruno Kreisky, Rosa Jochmann, Anton Benya und viele andere ins Gefängnis schickte.

Natürlich hat Dollfuß nicht nur die Sozialdemokraten verfolgt und bekämpft, sondern alle, die seine Diktatur gefährden konnten, und dabei auch die Nationalsozialisten.

Aber Dollfuß als „Hauptarchitekten“ des vielgestaltigen österreichischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus zu beschreiben, wie das von Professor Dr. Gottfried-K. Kindermann versucht wird, über dessen Reinwaschungsversuch für den Zerstörer der österreichischen Demokratie in der Kronen Zeitung vom 1. Mai 2003 berichtet wurde, ist schon ein sehr kühnes Projekt, das nicht unwidersprochen bleiben darf.

Ohne Dollfuß und seine unmenschliche Diktatur hätte es – wie Bruno Kreisky oftmals berichtet hat – vielleicht eine Chance gegeben, dass sich Christlichsoziale und Sozialdemokraten angesichts der Bedrohung durch Hitler tatsächlich zu einer breiten Abwehrfront zusammengefunden hätten. Durch die Politik von Dollfuß in den Jahren 1933 und 1934 war die Erbitterung über die Zerschlagung der parlamentarischen Demokratie, über die Standgerichtsurteile, über das Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen etc. aber so groß, dass das Zustandekommen einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus auch unter seinem Nachfolger Schuschnigg so lange unmöglich blieb, bis es zu spät war.

Eines ist richtig: Dollfuß wurde im Juli 1934, wenige Monate nachdem er politische Gegner an den Galgengeschicke hatte, selbst zum Opfer eines verbrecherischen Anschlages eines fanatisierten Nationalsozialisten.

Nichts und niemand kann diesen feigen Mord rechtfertigen und gegenüber dem Menschen Dollfuß, der hilflos verbluten musste, empfinde ich persönlich Mitleid und Anteilnahme. Selbst wenn er noch am Tag vor seiner Ermordung das Gnadengesuch, das einen 20-jährigen revolutionären Sozialisten vor dem Galgen retten sollte, mit den Worten „Zum Glück ist es ein Sozialdemokrat“ abgelehnt hat.

Aber die Politik von Engelbert Dollfuß wird dadurch nicht gerechtfertigt. Die Schuld an der Zerschlagung der parlamentarischen Demokratie und die Tatsache, dass das Land durch das von Dollfuß begründete und von Schuschnigg fortgesetzte autoritäre Regime so tief gespalten war, dass der Widerstand



Foto: Gordon Shephard, „Engelbert Dollfuß“ – Verlag Styria

Bundeskanzler Dollfuß in der Uniform der „Ostmärkischen Sturmsharen“. Hinter ihm Vizekanzler Fey

gegen Hitler nicht jene Breite und Tiefe erreichen konnte, die ihm eine Chance gegeben hätte, bleibt ein historisches Faktum. Genau diese Erkenntnis war es ja auch, die dazu geführt hat, dass man nach 1945 das exakte Gegenteil dieses autoritären Ein-Parteien-Staates aufgebaut hat. Nämlich eine Zusammenarbeit auf breiter Basis in einer pluralistischen Demokratie, wo nicht das Gegeneinander, sondern das Miteinander im Vordergrund stand und wo die jeweilige Mehrheit auf Argumente und Anliegen der jeweiligen Minderheit Rücksicht genommen hat.

Damit wurde bewiesen, dass es in einzelnen Fällen ja doch möglich ist, aus der Geschichte zu lernen, und diese Lehren sollte man auch heute nicht vergessen, sondern weiter hochhalten, weil sie sich für die Zweite Republik als segensreich, wertvoll und friedensstiftend erwiesen haben. ■



Im Rahmen der internationalen Mauthausenfeier gedachte Heinz Fischer des sozialdemokratischen, 1945 ermordeten Richard Bernaschek. Die Freiheitskämpfer legten an der Gedenktafel einen Kranz nieder

Renner-Gedenkfeier in Hochwolkersdorf

Im Bezirk Wiener Neustadt wird dieses Jahr das Jubiläum „800 Jahre Gemeinde Hochwolkersdorf“ gefeiert. Der kleine Ort ist in die Geschichte der Zweiten Republik eingegangen: Hier schlug 1945 deren Geburtsstunde. Dr. Karl Renner, damals 75, hatte in Gloggnitz gegen die Übergriffe der Sowjetsoldaten beim Ortskommandanten protestiert. Karl Renner war ein international bekannter und anerkannter Sozialist. Stalin hat nach ihm suchen lassen.

In Hochwolkersdorf sprach Renner noch während der Kampfhandlungen mit hohen sowjetischen Offizieren über Österreichs Zukunft. So kam es, dass er von Stalin beauftragt wurde, auf Schloss Eichbüchl die Wiedergründung der Republik vorzubereiten.

Der modern gestaltete Gedenkraum in Hochwolkersdorf veranschaulicht dem Besucher die historischen Ereignisse des Jahres 1945.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer NÖ veranstalteten am 6. April 2003 im Gemeindesaal der Gemeinde

Hochwolkersdorf eine Gedenkfeier. 150 Teilnehmer waren anwesend. Bürgermeisterin Waltraud Gruber freute sich über den zahlreichen Besuch, darunter die Nationalratsabgeordneten Dr. Peter Wittmann und Anton Heinzl, der Landtagsabgeordnete Karl Pietsch, Bundesrat Johann Giefing sowie die Bürgermeisterin von Wiener Neustadt, Traude Dierdorf.

Hofrat Dr. Hans Hagenhofer schilderte die politischen Geschehnisse 1945 und die hervorragende Rolle des Staatsgründers Karl Renner.

Labg. a. D. Karl Gruber, Landesvorsitzender der Freiheitskämpfer, erinnerte an die Staatskunst Karl Renners, dem es auch gelungen ist, das Vertrauen der Westmächte zu gewinnen und mit der Bundesländerversammlung in der Wiener Herrengasse die Voraussetzungen für die NR-Wahlen am 25. November 1945 zu schaffen. Gruber erinnerte sich, wie er als SJ-ler und Fahnenträger Karl Renner in St. Pölten bei einer Wahlkundgebung in der Jahnturnhalle erleben durfte. ■

Habsburger als „Naziopfer“?

Wie schon mehrmals, haben Mitglieder der Familie Habsburg-Lothringen neuerlich den Versuch gestartet, als „Naziopfer“ Restitutionsansprüche gegen die Republik Österreich geltend zu machen. Dass dies nun unter Berufung auf das Entschädigungsfondsgesetz geschieht, kennzeichnet die Haltung dieser Personen, die vor allem reichen Waldbesitz und das Schloss Laxenburg für sich reklamieren. Man will offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Einhaltung der Habsburg-Gesetze der Ersten Republik auch im Staatsvertrag von 1955 festgeschrieben wurde und sie sich auf eine fragwürdige, in der Naziherrschaft aufgehobene Rückgabebestimmung aus der Zeit der austrofaschistischen Diktatur berufen.

In einer Stellungnahme zu diesen Forderungen hielt SPÖ-Klubobmann Dr. Josef Cap unter anderem fest:

„Als die Regentschaft der Habsburger im Jahr 1918 endlich ein Ende fand und die Republik ins Leben gerufen wurde, legten Verfassungsgesetze fest, was mit den Besitztümern des Hauses Habsburg geschehen sollte. War es doch offensichtlich, dass es sich bei diesem Vermögen um Werte handelte, die sich die Herrscherfamilie über Jahrhunderte hinweg angeeignet hatte, aber die dem Volk zustanden.“

Cap weiter: „In der Ersten Republik war die Verfassungslage klar. Der größte Teil des Habsburg-Vermögens (unter anderem das von ihnen jetzt beanspruchte ‚Privatvermögen‘) fiel an den Staat. Erst als Bundeskanzler Dollfuß 1933/34, auch unter Mithilfe monarchistischer

Kräfte, die parlamentarische Demokratie beseitigte, schien die Zeit der Habsburger wieder gekommen. Der Ständestaat hatte nichts Besseres zu tun, als den Habsburgern beträchtliche Teile des von ihnen beanspruchten Vermögens für einen so genannten Familienversorgungsfonds ‚zur Deckung des Lebensunterhalts‘ zukommen zu lassen. Dem Ständestaat folgte die Nazidiktatur, in der die Habsburger dessen, was sie vom Ständestaat in mehr als großzügiger Weise empfangen hatten, wieder verlustig gingen. Im Jahr 1945 wurde mit der Schaffung der Zweiten Republik die Verfassungslage von 1933 wiederhergestellt ...

Seit damals versuchten die Habsburger immer aufs Neue, mit formaljuristischen Winkelzügen an ihr so genanntes ‚Privatvermögen‘ zu kommen. Schon in den 1980er Jahren holten sie sich dabei eine Abfuhr des Verfassungsgerichtshofes, der ihren Antrag einfach zurückwies. Mitte der 1990er Jahre scheiterten die Habsburger dann endgültig auf dem Zivilrechtsweg: In dem Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes wurde sehr ausführlich dargelegt, warum sie keinen Anspruch auf das von ihnen eingeforderte Vermögen haben. Diese Entscheidung ist rechtskräftig ...

Der Entschädigungsfonds und das dazugehörige Gesetz wurden geschaffen, um noch offene Fragen der Restitution für Vermögen, das während der NS-Herrschaft arisiert oder sonst wie enteignet oder geraubt wurde, einer Lösung zuzuführen. Der Sinn des Gesetzes war es nicht, die Habsburger mit Vermögenswerten auszustatten, die ihnen nicht zustehen.“ ■

Dachau-Transport: Gedenken am Westbahnhof

In einer eindrucksvollen Gedenkfeier anlässlich des 65. Jahrestages des ersten Transports von 150 Gestapohäftlingen am 1. April 1938 lud die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs in den Wiener Westbahnhof. Nach einer Einleitung durch den Bezirksvorsteher des 15. Bezirkes, Ing. Rolf Huber, sprachen namens der Arbeitsgemeinschaft Prof. Alfred Ströer (Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer), Dr. Gerhard Kastelic (ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten) und Oskar Wiesflecker (KZ-Verband).

In seiner Gedenkrede erinnerte Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny daran, wie viel

menschliches Leid durch diesen Transport den Betroffenen zugefügt wurde, aber auch welche Verluste der geistigen Elite Österreichs damit entstanden sind. Als Antithese zum Nazismus sei in den Lagern jedoch das Wir-Gefühl der verschiedenen politischen Gruppierungen gewachsen, das den Aufbau eines demokratischen und sozial gerechten Österreichs ermöglicht habe. Anschließend enthüllte der Kulturstadtrat die Gedenktafel und legte, gemeinsam mit dem Vertreter der Lagergemeinschaft Dachau, Hans Landauer, einen Kranz nieder.

Die Feier, an der zahlreiche Überlebende der Konzentrationslager und des Widerstandskampfes sowie Schuljugend und



Wiens Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny bei der Enthüllung der Gedenktafel an den ersten Transport österreichischer Häftlinge vom Westbahnhof ins KZ Dachau

Vertreter des öffentlichen Lebens, u. a. Landtagspräsident Johann Hatzl und der Präsident des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes,

BM a. D. Rudolf Edlinger, teilnahmen, wurde vom „Chor Gegenstimmen“ unter der Leitung von Erke Duit mit Liedern des Widerstandes begleitet. ■

Flucht und Exil – Gedenken im Parlament

Seit einigen Jahren wird jeweils am 5. Mai, an jenem Tag, an dem im Jahre 1945 das KZ Mauthausen von amerikanischen Truppen befreit wurde, eine Gedenkveranstaltung im Reichsratssaal des Parlaments abgehalten. Der nun amtierende Präsident des Nationalrates, Khol, hat das unter der Präsidentschaft von Heinz Fischer eingeführte Gedenken heuer fortgesetzt.

Zu der Veranstaltung, an der Mitglieder der Bundesregierung, Abgeordnete und Vertreter der Bundesländer teilnehmen, sind jeweils auch Delegierte der Opferverbände eingeladen.

Der Schauspieler Miguel Herz-Kestranek, der das Exil mit seinen Eltern selbst erlebte, las ausgewählte Lyrik und Prosa bekannter Schriftsteller, die Österreich unter dem NS-Regime verlassen mussten.

Nebenstehend ein Gedicht von Alfred Farau, 1904 Wien – 1972 New York.

Rede am Tage von Hitlers Sturz (gekürzt aus: Das Trommellied vom Irrsinn, N. Y. 1943)

*Hitler ist tot! – Nun schwenket keine Fahnen,
marschier nicht auf und läutet nicht die Glocken,
das ist ein Tag der Trauer und der Scham,
das ist kein Tag, um jauchzend zu froblocken!*

*Wenn solch ein Mann in blutig langen Jahren
des Wahnsinns, wie die Welt ihn niemals sah,
von euch ertragen ward, von euch geduldet –
wenn das geschehen konnte und geschah,*

*dann schweigt, ihr Leute, und denkt nach darüber,
und fragt euch, wie es möglich war und kam
und dauern konnte ... schwenket keine Fahnen,
dies ist ein Tag der Trauer und der Scham!*

*Ich weiß es, was ihr wollt: nur jubeln dürfen,
dass ihr ihn los seid – und ihn dann vergessen!
Vergessen, dass die Erde er beherrschte,
und, schlimmer, euer ganzes Herz besessen?!*

*Denn, meint ihr wirklich, dass da irgendeiner
nur eben einfach zu befehlen braucht
und alle Macht der Erde beugt sich vor ihm,
sobald er brüllend aus dem Dunkel taucht?*

*Meint ihr, er stehe gleichsam auf den Wolken
und sei nicht fest verankert in der Welt?*

*Und könnte stehn, wenn ihr's nicht möglich machtet,
ihn nicht der Glaube von Millionen hält?!*

*Wenn dieser Mensch sich ganz entfalten durfte,
sein Gift in solchem Maß zum Ausdruck kam,
sind alle Völker schuld – schwenket keine Fahnen!
Hitler ist tot! Dies ist ein Tag der Scham.*

*Zu sühnen gilt es, nicht ihn zu vergessen!
Betrügt Euch nicht, dass es zu Ende sei,
weil er jetzt fiel ... macht Euch zuerst
von allen Hitlers aller Zeiten frei!*

*Von tausend Kanzeln gilt es aufzuzeigen,
wie sich die Menschheit selbst ihr Los erschafft,
bis jedem klar wird, dass er mitverbunden,
mit Teil hat an der Erde Schöpferkraft.*

*Wenn das geschieht, und erst wenn wir so weit sind,
wenn selbst die Hoffnung nur von Ferne dämmert,
dass einst die Menschheit diese Schlacht gewinnt –
dann ist es Zeit, zu jauchzen und froblocken,
dann ist es Zeit für Fahnen und für Glocken –
doch heut' ist nur ein bitterer Tag der Scham.
Besinnt Euch, Leute, und geht still nach Hause.
Hitler ist tot. – Der wahre Kampf beginnt!*

Otto Leichter: Briefe ohne Antwort

Am Dienstag, dem 27. Mai wurde in den Räumen des Parlaments das Buch „Otto Leichter: Briefe ohne Antwort. Aufzeichnungen aus dem Pariser Exil für Käthe Leichter 1938–1939“ (Böhlau Verlag) präsentiert. In Anwesenheit der Familie Leichter wurde das Buch von den Herausgebern (Berger/Botz/Saurer) mit einer Einführung durch den Zweiten Präsidenten des Nationalrats Dr. Heinz Fischer und einem Nachwort von Henry O. Leichter, dem älteren Sohn Käthe und Otto Leichters, vorgestellt. Wenn von der Familie Leichter gesprochen wurde, waren es Henry O. (Heinz) Leichter und Gemahlin Hope, Frank (Franz), beider Kinder und Enkelkinder, welche dieser Einladung Folge geleistet haben.

Dieses Buch gewährt uns Nachgeborenen, aber auch noch den Zeitzeugen, Einblick in den Zeitraum 1938–1939 aus direkter Sicht. Man kann erahnen, was Vertreibung durch den Faschismus, Flucht zunächst von einem Land in das andere und dann auf einen anderen Kontinent bedeutet hat. In Zeiten, in denen Flucht und Asyl nicht ausgestorben, sondern aktueller denn je ist, würde es sich gehören, dass die für Emigration zuständigen Beamten dieses Buch als Pflichtlektüre lesen müssten.

Otto Leichter schrieb an seine damals in Wien in Gestapohaft und auf ihren Prozess wartende Ehefrau Käthe Leichter Briefe, welche er nie abgeschickt hat. Er wollte ihr diese

Briefe erst bei ihrer Ausreise aus Österreich, sozusagen als Tagebuch, gebündelt übergeben. Er schreibt auch im Brief vom 5. 9. 38 „... Ich habe mich nach langem Überlegen neuerlich entschlossen, Dir keinen Brief zu schreiben – nämlich hinein. Das Risiko ist doch zu groß ...“ Er wollte die Nazischergen nicht provozieren.

Diese Briefe sind, so meinte Otto Leichter, nach Kriegsende für immer verloren gegangen. Doch nach der Öffnung einiger Moskauer Archive sind die Briefe aufgefunden worden.

Die Briefe, welche sehr persönliche, intime Briefe sind, wurden, so meinte Heinz Leichter vor allem deshalb – natürlich mit Rücksprache mit seinem Bruder Franz – der Öffent-

lichkeit zugänglich gemacht, damit man über einen Zeitabschnitt unserer Geschichte authentisches Material in Händen hat.

Erschütternd war es, als zum Abschluss der Veranstaltung Kammerschauspielerinnen Elisabeth Orth einige Briefe aus dem Buch zum Vortrag brachte. Viele der anwesenden Gäste hatten Tränen in den Augen. Dieses Buch sollte, müsste im Zeitgeschichte-Unterricht Verwendung finden. ■

Peter Lhotzky

WEITERE MITARBEITER DIESER AUSGABE:

Karl Gruber, Edith Krisch, Ernst Nedwed, Alfred Ströer.

Käthe-Leichter-Preis muss bleiben!



Käthe Leichter, ermordet 1942

Sehr besorgt und enttäuscht äußerte sich Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer zu der Tatsache, dass Sozialminister Haupt die diesjährige Vergabe des renommierten Käthe-Leichter-Preises bisher gestoppt habe. Bei Käthe Leichter, die bekanntlich in einem

Konzentrationslager der Nationalsozialisten umgebracht wurde, handelt es sich um eines der prominentesten Opfer des NS-Regimes. Die Stornierung des Käthe-Leichter-Preises ist auch eine grobe Brückierung der beiden überlebenden Söhne und stößt bei den meisten Mitgliedern des Österreichischen Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus auf Unverständnis und Besorgnis.

Ich betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, dass eine neue österreichische Bundesregierung diese Brückierung von Käthe Leichter, einer österreichischen Patriotin, die im Konzentrationslager umgebracht wurde, korrigiert und den Käthe-Leichter-Preis wieder verleiht, verlangt Dr. Fischer.

Wir gratulieren

Zum 101. Geburtstag: Louise Axelrad, Leopold Hlavacek, Wien. **97. Geburtstag:** Friederike Schneeweis, Salzburg; Josef Dorfer, Zederhaus. **96. Geburtstag:** Johann Thöne, Wien. **95. Geburtstag:** Franz Komarek, Josef Votter, Wien. **94. Geburtstag:** Anna Baumgartner, Furth bei Göttweig; Wilhelm Reiter, Wien. **93. Geburtstag:** Max Hendrich, Bruck/Mur; Paula Billes, Eisenstadt; Josef Frana, Karoline Sperlich, Anny Zahalka, Wien. **92. Geburtstag:** Anton Mies, Ternitz; Alfred Gisel, Siegfried Jellinek, Paula Wiesinger, Wien. **91. Geburtstag:** Gottfried Kreindl, Bruck/Mur; Aloisia Lackinger, Linz; Margarete Nekam, Otto Wolf, Margarete Zach, Wien. **90. Geburtstag:** Johann Staffenberger, Amstetten; Hilda Kala, Mödling; Josef Prückler, Mönchhof; Rosa Hajek-Traxler, Maria Karra, Berta Kraus, Leopold Pfaffel, Dr. Johann Pippersteiner, Hedwig Sauer, Mag. Herma Schneeweiss, Emmy Studlar, Wien. **85. Geburtstag:** Anna Bassani, Eberschwang; Ida Holicsek, Eisenstadt; Erich Pezenka, Hermann Winter, Wien. **80. Geburtstag:** KR Anton Silhavy, Bad Vöslau; Gertrude Wessely, Eisenstadt; Hermine Zettel, Elfriede Quast, Gmünd; Walter Pfeiffer, Groß Siegharts; Anna Reithofer, Kapfenberg; Josef Hirsch, Linz; Henriette Sarközi, Salzburg; Ernst Aichinger, St. Pölten; Frieda Svojtka, Vöcklabruck; Erika Hrussek, Dr. Erika Seda, Kurt Arnold, Elfriede Petter, Henriette Taussig, Adalbert Busta, Wien. **75. Geburtstag:** Karl Bauer, Katzelsdorf; Engelbert Lepic, Mödling; Grete Kalod, Seewalchen; Stefanie Kubik, Elisabeth Rosenberger, Alfred Tordy, BV a. D. Ing. Kurt Neiger, Vizebgm. a. D. Hans Mayr, Erich Rauscher, Margarete Stuibler, Wien.



Kurt Neiger

Otto-Bauer-Plakette an Neiger, Neuwerth und Sarközi

Bei der vor kurzem im Kulturzentrum Österreichischer Roma in der Devrientgasse abgehaltenen Jahresversammlung der Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer Döbling/Währing überreichte der Vorsitzende des Landesverbandes Wien, Ernst Nedwed, den Genossen Otto Neuwerth und Professor Rudolf Sarközi die Otto-Bauer-Plakette.

Bezirksrat Rudolf Sarközi, der bei der Jahresversammlung wieder zum Vorsitzenden der Bezirksgruppe gewählt wurde, ist Obmann des Kulturvereins Österreichischer Roma, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates im Bundeskanzleramt und langjähriger Funktionär und Sektionsleiter der SPÖ Döbling. Auf seine Initiative geht die Anerkennung der

Roma und Sinti als österreichische Volksgruppe zurück.

Otto Neuwerth wurde 1942 bei der Wehrmacht verhaftet und wegen seiner seit 1939 ausgeübten illegalen Tätigkeit 1943 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Daneben wurde vom Reichskriegsgericht der Verlust der Wehrwürdigkeit und der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre ausgesprochen. Am 28. 4. 1945 wurde Otto Neuwerth von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg an der Havel befreit.

Bezirksvorsteher a. D. Kurt Neiger erhielt die Otto-Bauer-Plakette aus den Händen des Bundesvorsitzenden, Prof. Alfred Ströer, im Rahmen einer Sitzung des Wiener Vorstandes,

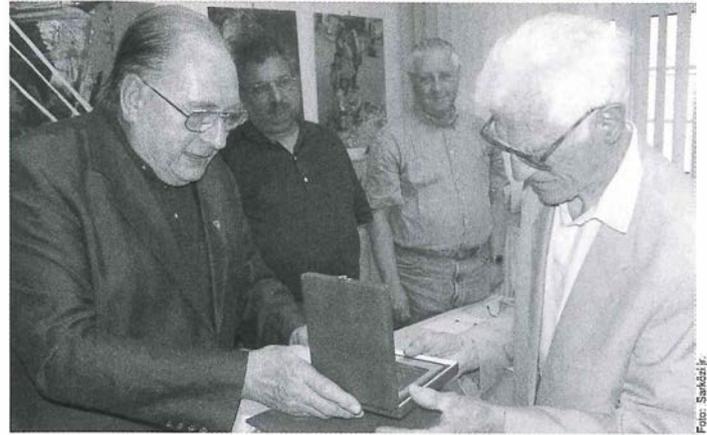


Foto: Sarközi Jr.

Ernst Nedwed überreicht die Otto-Bauer-Plakette an Otto Neuwerth, dahinter Rudolf Sarközi

bei der der Landesvorsitzende, Ernst Nedwed, Kurt Neiger auch zum 75. Geburtstag gratulieren konnte. Kurt Neiger war von 1976 bis 1991, also drei Wahlperioden lang, Bezirksvorsteher in Meidling. Er ist seit 1981 Mitglied des Bundes und

führt seit Jahren die aktive Bezirksgruppe Meidling, die durch besondere Aktivitäten, wie Ausstellungen, Gedenkfeiern und politische Diskussionen, auf die Themen der Freiheitskämpfer aufmerksam macht. ■

Helmut Muigg neuer Vorsitzender des Landesverbandes Tirol

Bei der am 25. 4. 2003 stattgefundenen Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Tirol, bei der Bundessekretärin Edith Krisch anwesend war, übergab Maria Kaiser im Rahmen der Neuwahl des Landesvorstandes den Vorsitz an Helmut Muigg.

Helmut Muigg war lange Zeit Leiter des BFI Tirol.

Folgende Genossinnen und Genossen gehören nunmehr dem Vorstand des Landesverbandes an:

Ehrevorsitzende: Maria Kaiser, Landesvorsitzender: Helmut Muigg, Vors.-Stv.: GR Sigrid Marinell, Vors.-Stv. u.

Schriftführer: Robert Koschin, Kassier: StR Harald Schweighofer, Beisitzer: Andreas Wiesinger, Dr. Walter Hengl, Selma Yildirim, Dr. Gerlinde Ritter, Hannes Riedl, Mag. Alexandra Weiss.

Für die Veranstaltung zeichnet Mag. Martin Ortner verantwortlich. Den Kontakt zu VSStÖ und Jusos stellen Tobias Orischnig und Sarah Seiwald her. Die jahrelange Tätigkeit Maria Kaisers wurde bei ihrer Verabschiedung anlässlich der am 11. Juni 2003 abgehaltenen Bundesvorstandssitzung vom Bundesvorsitzenden, Prof. Alfred Ströer, ausführlich gewürdigt.



Foto: Freiheitskämpfer

Dank für langjährige Tiroler Vorsitzende Maria Kaiser



NS-Bücherververbrennung freute auch „Reichspost“



20.000 Bücher wanderten allein in Berlin auf den Scheiterhaufen der Nazis

Foto: Wilhelm J. Wegner, „Dittus Reiter“ – Bechtermünz

In einer politisch bewegten Zeit, eine knappe Woche vor der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und der dadurch legalisierten Terrorwelle der Nationalsozialisten in Deutschland, gründeten am 22. Jänner 1933 sozialistische Autoren wie Josef Luitpold Stern, Fritz Brügel, Theodor Kramer und Rudolf Brunngraber in Wien die „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“. Sie wollten damit „alle Schriftsteller, deren Weltanschauung der Sozialismus ist, zur geistigen und materiellen Förderung ihrer Arbeit“ sammeln „und eine Zusammenarbeit mit gleichgerichteten künstlerischen Vereinigungen“ herbeiführen.

Am 30. April 1933 informierte die „Arbeiter-Zeitung“ über die Vorbereitungen für einen „zeitgemäßen Literaturkurs“. Das Thema: die verfolgte Literatur in Deutschland und die Ankündigung der Nationalsozialisten, Bücher öffentlich zu verbrennen.

Am 10. Mai 1933 brüllten Nationalsozialisten ihre sattsam bekannten Feuersprüche und

schleuderten Werke von Karl Marx, Erich Kästner, Sigmund Freud, Kurt Tucholsky oder Carl von Ossietzky, um nur einige anzuführen, in die lodernen Bücherscheiterhaufen. Bereits zwei Tage später veröffentlichte Oskar Maria Graf (ab 4. Februar 1934 stellvertretender Obmann der „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“) im Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie seinen leidenschaftlichen Protest „Verbrennt mich!“, der sich von hier aus über die ganze Welt verbreitete.

Aber es gab auch andere Stimmen in Österreich. So meinte die „Reichspost“, das Sprachrohr christlichsozialer Kulturpolitik, am 9. Mai 1933: „Dass die nationale Bewegung in Deutschland das Volk von dem namenlosen Bücherschmutz und dem Gift befreien will, die seit dem Umsturz sich als Literatur aufturn durften, entspricht gesunden Instinkten ... Die Reihe der zum Feuertod verurteilten Bücher ... weist keine auffallenden Namen auf. Die da betroffen werden, stehen nicht umsonst auf der

Proskriptionsliste. Österreichern, die sich in dem Reigen jener gewissen Literaten eingefunden haben, steht kein Recht auf eine Ausnahmestellung zu.“

Während die österreichische Nazizeitung – die „Deutsch-österreichische Tages-Zeitung“ – am 12. Mai 1933 über den „Tod der jüdischen Literatur. Die großen Bücherverbrennungen im Reich“ jubelte, ergänzte die christlichsoziale „Reichspost“ am 17. Mai 1933 ihre erste Stellungnahme vom 9. Mai 1933: „Man kann in der nationalsozialistischen Kunst- und Kulturrevolution mancherlei kreuzende Strömungen und Gegenströmungen beobachten. Die eine, die innerhalb kurzer Zeit die deutsche Volksseele vergiftende Asphalt- und Zersetzungsliteratur fremdrassiger und einheimischer Provenienz hinweggeschwemmt hat, ist im Namen deutscher Würde und Ehre wärmstens zu begrüßen ...“

Der Naziautor Hans Franck schrieb wenig später: „Die Gefahr der Überschätzung des Buches besteht nicht mehr.

Der Geist ist in seine Schranken gewiesen.“

Diese unglaublichen, entlarvenden Sätze über die faschistische Kulturbarbarei klebte der allen Künsten zugängliche und dem gedruckten Wort leidenschaftlich verfallene Häftling Viktor Matejka im KZ Dachau in eines seiner von österreichischen Häftlingen im Arbeitskommando „Buchbinderei“ illegal hergestellten „Pickbücher“.

Nach dem „Anschluss“ fand in Österreich eine Bücherverbrennung in Salzburg am 30. April 1938 statt.

Die Worte, die Heinrich Heine in seinem Werk „Almansor“ Hassan in den Mund legt: „Das war ein Vorspiel nur, dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen“, wurden fürchterliche Realität.

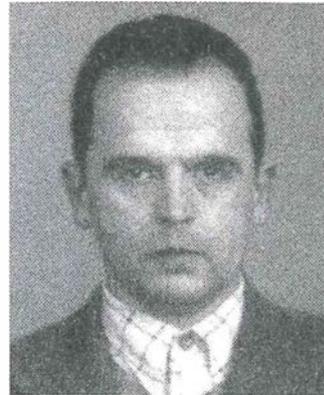
Herbert Exenberger

(Aus einer Ansprache bei Eröffnung der Ausstellung „Verbrannte Bücher“ im Bezirksmuseum Liesing, 9. Mai 2003.

Opfer der NS-Militärjustiz

Vom ersten Tag an, da eine getarnte Nazipresse sich wieder zum Sprachrohr der unheilbaren Gefolgsleute des apokalyptischen Gefreiten machen konnte, war es Gepflogenheit der Köche dieser braunen Gift-sudelküchen, die Männer, die dem Nationalsozialismus in irgendeiner Form Widerstand entgegengesetzt haben, als Vaterlandsverräter oder Deserteure zu beschimpfen. ... Die groteske Unverschämtheit aber gewisser Reaktionäre, die, im Sold der Republik stehend, den österreichischen Deserteur des Hitler-Krieges, der für die Befreiung seiner Heimat, zur Vernichtung der braunen Barbarei, zumindest aber nichts zu ihrer Aufrechterhaltung beigetragen hat, mit den Worten Deserteur diffamieren zu wollen, verdient gebührende Züchtigung.“

Diese Auszüge aus einem Beitrag über Verweigerung des Kriegsdienstes in der Nazi-Wehrmacht im „Sozialistischen Kämpfer“ vom Jänner 1950 zeigt klar und deutlich, dass sich der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus seit seinem Bestehen vorbehaltlos für die Opfer der NS-Militärjustiz eingesetzt hat. Diese frühe antifaschistische Grundhaltung unseres Bundes zieht sich wie ein roter Faden bis zu dem vor kurzem gefassten Beschluss unseres Bundes über Gerechtigkeit und Entschädigung für die wenigen Überlebenden und ihre Angehörigen dieser „terroristischen und verbrecherischen Nazijustiz“. (Diese Definition stammt vom deutschen Bundessozialgericht 1991!) Aktivitäten in jüngster Zeit machten auf diese vergessenen Opfer aufmerksam.



Opfer der NS-Militärjustiz G. Horn, H. Plackholm, K. Schartner, hingerichtet in Wien-Kagran

Erinnert sei etwa an eine Gedenkveranstaltung des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ vor dem Mahnmal im Donaupark oder an die Publikation des DÖW über den „Militärschießplatz Kagran“ (über welche wir bereits ausführlich berichtet haben).

Am 6. Juni 2003 fand nun auch in Österreich im Parlament ein längst fälliges Symposium zum Thema „Österreichische Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit – Rehabilitation und Entschädigung“ statt. Obwohl seit dem Jahre der Befreiung von der nazistischen Gewaltherrschaft gesetzliche Grundlagen für die Rehabilitation von Wehrmachtsdeserteuren, Wehrdienstverweigerern und anderen Verfolgten existieren, waren Opfer der NS-Militärjustiz lange Jahre der Verdrängung und der Vergessenheit ausgesetzt, ehe in den 1990er Jahren für bisher zehn Opfer die juristische Aufhebung der Urteile erreicht werden konnte.

Ein junges Team um a. o. Univ.-Prof. Walter Manoschek gestaltete auf der Grundlage eines Entschließungsantrages vom 14. Juli 1999 aller Parlamentsparteien mit Ausnahme der FPÖ eine umfangreiche Forschungs-

arbeit zu diesem Thema. Auf 834 Seiten präsentierten sie ihre Recherchen und Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit. Erschienen ist diese Pionierarbeit in dem zeitgeschichtlich engagierten Wiener Mandelbaum-Verlag.

Beim Symposium selbst stellten Mitarbeiter des Projektteams die Ergebnisse ihrer Forschungen vor. Im weiteren Verlauf der Tagung wurden noch juristische Fragen bezüglich der Rehabilitation der Opfer der Militärjustiz behandelt. Brigitte Bailer zog einen Vergleich zwischen den Entschädigungen von NS-Opfern und Kriegsoffern und Präsident Heinz Fischer referierte über die Bemühungen Österreichs um die Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit.

Mit großer Bereicherung blättert und liest man in dem vorliegenden Band in den zahlreichen fundierten Abhandlungen von Walter Manoschek, David Forster, Thomas Geldmacher, Hannes Metzler und Thomas Walter über die facettenreichen Seiten der nazistischen Militärjustiz. Insgesamt konnte das Forschungsteam 2.534 österreichische Opfer erfassen, gegen die in 3.001 Fällen von der NS-Militärjustiz ermittelt wurde oder die vor

Kriegsgerichte gezerrt wurden. Die längst fällige Bringschuld der Republik Österreich gegenüber diesen Menschen und eine notwendige gesetzliche Regelung zur kollektiven Rehabilitation dieser Opfergruppe tritt aus dem Forschungsbericht deutlich hervor. Sie sollten nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Das Handeln liegt jetzt bei den Verantwortlichen unserer Republik!

Herbert Exenberger

Anton-Schmid-Promenade

In Erinnerung an Anton Schmid, der mehr als 300 Juden aus dem Ghetto von Wilna/Vilnius (Litauen) das Leben rettete, wurde der Fußweg am Donaukanal im 20. Wiener Gemeindebezirk „Anton-Schmid-Promenade“ benannt. Schmid, ein Brigittener Elektrohändler, wurde 1941 als Feldwebel mit der Leitung einer so genannten „Versprengtensammelstelle“ beauftragt.

Er ermöglichte einer großen Anzahl der todgeweihten Juden die Flucht. Das war für die NS-Militärjustiz ein todeswürdiges Verbrechen: Anton Schmid wurde am 13. April 1942 in Wilna erschossen.

Vor 60 Jahren: Aufstand im Warschau

Nach dem Überfall Hitlers auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann, wurde das eroberte Land als Kolonie betrachtet; nicht einmal in der Bezeichnung „Generalgouvernement“, die der Rest des zerstückelten Polens bekam, war noch Platz für den Namen seiner Bewohner.

Die schwersten Verfolgungsmaßnahmen aber trafen von Anfang an die rund drei Millionen polnischer Juden. SS- und Sicherheitspolizeieinheiten waren der kämpfenden Truppe unmittelbar gefolgt, stifteten Pogrome an, demütigten die Juden, raubten ihre Geschäfte aus und verübten zahlreiche Morde.

Das war erst der Anfang. Es folgte bald in den Großstädten die Bildung von Ghettos, abgegrenzten „jüdischen Wohnbezirken“; im Laufe der Zeit wurden auch die Juden aus kleineren Ortschaften dorthin gebracht. Die Konzentrierung der Juden sollte die „streng geheim zu haltenden Gesamtmaßnahmen“ (so Heydrich schon am 21. September 1939!) vorbereiten.

Nach dem Überfall wurde dann dieses „Endziel“ in Vernichtungslagern wie Treblinka,

Sobibor, Majdanek, Belzec und schließlich Auschwitz-Birkenau realisiert. Auch aus dem Ghetto von Warschau, wo Hunderttausende zusammengepfercht waren und Hunger und Seuchen täglich Todesopfer forderten, begannen die Deportationen. Viele Juden ahnten, was das bedeutete.

Jungen Juden gelang es, einen Widerstandsapparat aufzuziehen und Waffen von „draußen“, aus dem polnischen Untergrund, zu bekommen. Mit dem Mut der Verzweiflung wollten sie lieber im Kampf sterben als in den Gaskammern.

Als die Deutschen das Ghetto endgültig ausräumen wollten, am 19. April 1943, stießen sie auf erbitterten Widerstand. Erst nach einem Monat, mit dem Einsatz von Panzern, mit der Zerstörung des Ghettos Haus um Haus, gelang es der SS, den Aufstand niederzuwerfen.

Der SS-General Jürgen Stroop, der die Aktion leitete, hat einen illustrierten Bericht über diesen Kampf, der umso erbitterter war, als in den Vorstellungen der Nazis für einen jüdischen Widerstand kein Platz war, hinterlassen.

Nachstehend einige Auszüge aus diesem Dokument des Hasses und der Brutalität, aber auch des heroischen Kampfes der Ghetto-Kämpfer gegen die Übermacht ihrer Unterdrücker.

19. April 1943:

Abschließung des Ghettos ab 3.00 Uhr. Um 6.00 Uhr Ansetzen der Waffen-SS zur Durchkämmung des Rest-Ghettos. Sofort nach Antreten der Einheiten starker planmäßiger Feuerüberfall der Juden und Banditen ...

20. April: Die in dem unbewohnten, noch nicht freigegebenen Ghetto festgestellten Widerstandsnester werden durch eine Kampfgruppe der Wehrmacht – Pionierzug und Flammenwerfer – niederkämpft ...

21. April: Die Anlegung des Brandes hatte im Laufe der Nacht das Ergebnis, dass sich die unter den Dächern bzw. in den Kellern und sonstigen Schlupfwinkeln trotz aller Durchsuchungsaktionen noch verborgenen Juden an den äußeren Fronten des Häuserblocks zeigten, um dem Feuer irgendwie zu entgehen. In Massen – ganze Familien – sprangen die Juden, schon vom Feuer erfasst, aus dem Fenster oder versuchten, sich durch aneinander geknüpfte Bettlaken usw. herabzulassen. Es war Vorsorge getroffen, dass sowohl diese als auch die anderen Juden sofort liquidiert wurden.

22. April: Leider ist nicht zu verhindern, dass ein Teil der Banditen und Juden sich in den Kanälen unterhalb des Ghettos aufhält und kaum zu fassen ist ...

24. April: Da die Juden in den abgeriegelten Gebäuden zum großen Teil Widerstand



Auch jüdische Frauen leisteten bewaffneten Widerstand

leisteten, gab ich den Befehl zum Ausbrennen ... Immer wieder konnte man beobachten, dass trotz der großen Feuersnot Juden und Banditen es vorzogen, lieber ins Feuer zurückzugehen, als in unsere Hände zu fallen ...

28. April: Durch die Erfolge des heutigen Tages erhöht sich die Zahl der insgesamt erfassten bzw. vernichteten Juden auf 33.401. In diesen Zahlen sind die verbrannten und in den Bunkern vernichteten Juden nicht erfasst.

1. Mai: Eine größere Anzahl der erfassten Juden wurde aus der Kanalisation herausgeholt. Ein Stoßtrupp stellte fest, dass in einem Hauptkanal eine nicht festzustellende Anzahl von Leichen schwammen ...

2. Mai: Bei der Vernichtung eines Häuserblocks, der sich um die beiden Rüstungsbetriebe Transavia und Wischniewski gruppiert, wurden 120 Juden gefasst und ungezählte Juden, die infolge des Brandes aus dem Dachgeschoß auf die inneren Höfe sprangen, vernichtet ...



Foto: „Der gelbe Stern“ - Bildagentur Leutner

Gefangene Ghetto-Kämpfer werden zur Hinrichtung geführt

er Ghetto

3. Mai: In den meisten Fällen leisteten die Juden mit der Waffe in der Hand vor Verlassen des Bunkers Widerstand ... Die Juden und Banditen feuerten teilweise mit beiden Händen aus Pistolen ...

8. Mai: Nach gemachten Aussagen sollen sich noch etwa 3.000–4.000 Juden in den unterirdischen Löchern, Kanälen und Bunkern aufhalten ...

10. Mai: Der von den Juden geleistete Widerstand war heute ungeschwächt ...

15. Mai: Durch ein Sonderkommando wurde der letzte noch vorhandene unversehrte Gebäudekomplex des Ghettos nochmals durchsucht und anschließend vernichtet ...

16. Mai: Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschau besteht nicht mehr. Mit der Sprengung der Warschauer Synagoge wurde die Großaktion um 20.15 Uhr beendet ... Die Gesamtzahl der erfassten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56.065.

Der Aufstand im Warschauer Ghetto ist zum Symbol des jüdischen Widerstandes geworden.

Doch dieser heldenhafte Kampf war keineswegs die einzige gewaltsame Widerstandsaktion verfolgter Juden. Selbst in den Vernichtungslagern gab es noch Revolten. Zudem kämpften auch viele Menschen jüdischer Herkunft in den nationalen Widerstandsbewegungen in Frankreich, in der Sowjetunion oder in Jugoslawien.

Außerdem meldeten sich zahlreiche jüdische Emigranten aus Deutschland und Österreich zum Kampf gegen Hitler in den alliierten Armeen.

Manfred Scheuch

Zwangsarbeit im Panzerwerk Herzograd



Der Zeitzeuge und frühere Sklavenarbeiter S. Salat (in Bildmitte) kam aus den USA zur Gedenkfeier

Während des Zweiten Weltkriegs entstand in Sankt Valentin, NÖ, eine umfangreiche Rüstungsindustrie für die deutsche Wehrmacht.

Dafür wurde eine Außenstelle des Konzentrationslagers Mauthausen errichtet. Im November 1944 wurden dort Tausende Häftlinge unter härtesten Bedingungen von den SS-Schergen

geschunden. Juden und politische Gegner mussten in der Panzerwerkstätte Herzograd zwölf Stunden täglich – ohne Sonntagsruhe – Zwangsarbeit verrichten.

Zum Gedenken an dieses Martyrium fand beim Gedenkstein in Herzograd eine Gedenkveranstaltung statt. Bürgermeister Manfred Mießner von St. Valentin berichtete vor den zahlreichen Kundgebungsteilnehmern aus St. Pölten und der Region Amstetten, dass aus dem Panzerwerk mehr als viertausend Panzer zur Verlängerung des Krieges vom Fließband an die Front gelaufen sind. Sie wurden von den Zwangsarbeitern unter unmenschlicher Antreiberei produziert.

Als Zeitzeuge schilderte der aus den USA ange-reiste frühere Häftling Solomon Salat die täglichen Demütigungen und Quälereien der Zwangsarbeiter durch die SS. Offiziell glaubte man, das im Auwald versteckte Rüstungswerk werde von den alliierten Bombern nicht gefunden werden.

Doch eines Tages, im Februar 1945, wurden alle Fabrikhallen bei einem Bombenangriff zerstört. Es war auch für uns die Hölle, erzählte Salat; es gab viele Tote, er konnte in einem Splittergraben überleben.

„Initiative Riga“: Ehrung für Erich Herzl

Ing. Erich Herzl, dem Begründer der „Initiative Riga“ für die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte im Rigaer Bikernieki-Wald für in Lettland ermordete Verfolgte des NS-Regimes, wurde am 7. April 2003 das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich überreicht. Erich Herzls Eltern wurden ebenso in Riga ermordet.

Riga wurde nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht im Sommer 1941 zu einem der Zentren der Massenvernichtung. Von den im Zeitraum Dezember 1941 bis Februar 1942 rund 4.000 österreichischen Juden – Männern, Frauen und Kindern –, die nach Riga deportiert wurden, kamen die meisten in das

Ghetto oder mussten im Lager Salaspils Zwangsarbeit leisten. Von den mehr als 20.000 aus dem Deutschen Reich nach Riga deportierten Juden überlebten nur 800 Personen die Selektionen, das Ghetto und die verschiedenen Konzentrationslager, unter ihnen rund 100 Österreicher. Viele von ihnen wurden im nahe gelegenen Bikernieki-Wald erschossen und in 56 Massengräbern verscharrt.

Anlässlich eines Besuches in Riga-Bikerniekiwald musste Herzl feststellen, dass die Gräber kaum erkennbar waren und sich in skandalösem Zustand befanden. Er fasste den Entschluss, sich für die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte einzusetzen.

Es gelang ihm, mit dem „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“, dem „Bruderrfriedhofkomitee“ und weiteren Organisationen Kontakt aufzunehmen.

Er gründete 1993 das „Wiener Riga-Komitee“, dem die Gründung weiterer Komitees in sechzehn deutschen Städten, aus denen Transporte nach Riga geführt wurden, darunter Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Stuttgart und Leipzig, folgten.

Der Nationalfonds der Republik Österreich und die Stadt Wien unterstützten das Projekt finanziell. Am 30. November 2001 konnte nach rund einem Jahrzehnt eine würdige Gedenkstätte in Riga eingeweiht werden.

Eine unentbehrliche Institution: 40 Jahre Dokumentationsarchiv

Vor 40 Jahren wurde das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) gegründet. Aus diesem Anlass lud Wiens Bürgermeister Dr. Michael Häupl am 5. Mai 2003 zu einer Festveranstaltung ins Rathaus ein. In der DÖW-Generalversammlung war zuvor Finanzminister a. D. Rudolf Eglinger zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er löste in dieser Funktion Hubert Pfoch ab, der 20 Jahre lang an der Spitze des DÖW gestanden war und nun zu dessen Ehrenpräsidenten gewählt wurde.

Der Anlass dafür, dass das DÖW 1963 gegründet wurde, war ein Wiedererstarken des Rechtsextremismus in jener Zeit; gleichzeitig bestanden

Tendenzen, das NS-Regime zu verharmlosen und den Widerstand gegen dieses abzuwerten. Ehemalige Widerstandskämpfer und Verfolgte gründeten daraufhin das DÖW vor allem mit dem Ziel, „durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend zu dienen“.

In den nunmehr 40 Jahren seines Bestehens hat das DÖW eine weit über den Kreis der Historiker hinaus anerkannte wissenschaftliche Arbeit geleistet. Es wurde sowohl die historische Vergangenheit der Diktaturen in Österreich dokumentiert als auch über rechtsextreme Umtriebe von heute aufgeklärt.

Das DÖW war von Anfang an eine Institution von weltan-

schaulicher und religiöser Pluralität. Ihm gehörten der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und der KZ-Verband wie auch Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde, der katholischen Kirche und der Wissenschaft an. Diese Tatsache straft die von Ewiggestrigen vorgebrachten Unterstellungen Lügen, das Archiv sei „ultralinks“ oder „kommunistisch unterwandert“. Die Tätigkeit des DÖW fand rasch Anerkennung. 1970 erhielt es einen Forschungsauftrag der Stadt Wien für das Projekt „Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945“; es wurde in der Folge auf alle Bundesländer ausgedehnt. Eine

weitere wichtige Publikation ist das 1993 erschienene „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus.“

Die Beschäftigung mit dem aktuellen Rechtsextremismus, insbesondere die Einbeziehung der FPÖ in das Untersuchungsfeld, hat das DÖW unvermeidlich auch in politische Konflikte verstrickt. Galt es doch zu mahnen gegen Erscheinungen wie die unsäglichen Äußerungen des FP-Mannes Ewald Stadler im Vorjahr oder die Einschleusung von Mitgliedern rechtsextremer Burschenschaften in die Uni-Räte durch die Regierung.

Trotz dieser Konflikte blieb die Arbeit des DÖW stets von wissenschaftlicher Gründlichkeit geprägt und damit unangreifbar. ■

Leo Lesjak 1921–2003

Ein treuer Mitstreiter und lieber Freund hat uns verlassen. Seit langem wussten wir von seiner schweren Krankheit, dennoch hat uns sein Ableben sehr betroffen.

Leo, wie wir ihn nannten, war ein Sozialdemokrat alter Schule. Während des Krieges litt er schwer unter dem Regime der Nationalsozialisten. Hitler-Deutschland, aber auch die Politiker des kommunistischen Unrechtsstaates CSSR

machten ihn zu einem überzeugten Kämpfer gegen alle Terrorregime und für Frieden und Freiheit. Nach 1945 wurde er SPÖ-Parteisekretär in Gmünd (NÖ). Bald wurde er Mitglied unseres Bundes. Viele Jahre war er Vorsitzender der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus unserer Landesgruppe NÖ. Erst als sein Leiden akut wurde und er unter starken Schmerzen litt, legte

er seine Funktionen zurück. Er wurde zum Ehrenvorstandsmitglied gewählt.

Bei der Urnenbeisetzung in Gmünd schilderte ihn Bundesvorsitzender Alfred Ströer als einen treuen, verlässlichen Funktionär unseres Bundes, mit dessen Ideen und Aufgaben er sich zutiefst identifiziert hat.

Namens des Bundesvorstandes, der des Verstorbenen in einer Sitzung am

11. Juni gedachte, dankte Ströer unserem Freund für seine Arbeit und Treue in unserer Gemeinschaft.

Leo Lesjak lebte und kämpfte für eine bessere Welt. Für seine Tätigkeit in sozialdemokratischen Organisationen erhielt er wohlverdiente Auszeichnungen. Leo ist nicht mehr unter uns. Wir trauern um einen lieben Menschen der keine Feinde hatte. Er wird uns fehlen. Sein Wirken wird uns in Erinnerung bleiben.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freihheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0 **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

FRAU
SCHWANTNER
THEKLA
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN